

EU-ASYLPOLITIK

Hoffen auf Straßburg



Wohin führt der nächste Schritt? Zumindest darüber, dass es in Sachen Asylpolitik kein Outsourcing geben darf, sind sich die Abgeordneten im Europaparlament einig.

Harmonisierung ohne Ende: Trotz jahrelanger Diskussionen um Vereinheitlichung ist das Asylrecht in der EU alles andere als einheitlich. Diese Woche musste das Europaparlament Farbe bekennen.

Spätestens seit Ende April diesen Jahres wussten Europas Flüchtlingshilfsorganisationen Bescheid: Dem Rat der Europäischen Union, sprich ihren Justiz- und Innenministern geht es vor allem darum, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen. Das gilt auch für die Einführung eines europaweiten Asylrechts. Nach drei Jahren zähen Verhandlungen verkündete der Rat für Inneres und Justiz, man habe "eine politische Einigung" für eine Direktive zu Asylprozeduren gefunden. "Wenn dies das Resultat ist, dann würden wir lieber auf ein solches Recht verzichten", so damals der vernichtende Kommentar eines Sprechers von der Menschenrechtsorganisation Statewatch. Tatsächlich hatte sich die Ministerrunde auf die jeweils niedrigsten Standards geeinigt, die derzeit in den Mitgliedstaaten praktiziert werden.

Das Versprechen, Flüchtlingen eine Zuflucht zu garantieren, wurde nicht eingehalten, stellt der European Council on Refugees and Exiles (ECRE) kurz vor dem EU-Gipfel Anfang November fest. Stattdessen sei ein ganzer Katalog von Maßnahmen aufgestellt worden, der illegale Immigration bekämpfen soll, der den Flüchtlingen jedoch real keine legalen Wege offen ließe. "In Europa Asyl zu beantragen, bleibt eine gefährliche Lotterie", so der ECRE, der 76 Flüchtlingshilfsorganisationen in Europa repräsentiert, "je nach EU-Land hat der Asylsuchende sehr verschiedenen Erfolgchancen und auch sehr verschiedene Aussichten auf eine adäquate Behandlung." Kritisiert wurde unter anderem die von den Ministern

vorgesehene Liste der sicheren Herkunftstaaten - eine Liste, über die sich die Runde nach wie vor nicht einigen konnte und auf der deshalb je nach EU-Mitgliedstaat verschiedene Kriterien vorgesehen sind.

Auf dem EU-Gipfel am 4. und 5. November wurde dann das so genannte Haager Programm veröffentlicht - ein Programm, das immerhin bis 2010 einen einheitlichen Asylprozess in der EU verspricht. Im Prinzip wird hier als neu verkauft, woran die EU-Institutionen seit Jahren erfolglos basteln. "Ein ehrgeiziger Plan", kommentiert Richard Williams vom ECRE das Haager Programm gegenüber der woxx, "allerdings kennen wir nicht genügend Details, um zu wissen, ob diese Ziele auch wirklich erreicht werden können."

Wo steht das Parlament?

Tatsächlich hält man sich in der Ankündigung nicht mit Einzelheiten auf. Die umstrittenen Regelwerke, wie etwa die Direktive zur gemeinsamen Asylprozedur, werden dort vorsichtshalber nicht explizit erwähnt. Dies blieb auch der Europäischen Kommission nicht verborgen. Sie meldete sich im Sommer mit zwei Stellungnahmen zur Asylprozedur zu Wort, in denen sie konkrete Schritte für die nächsten Jahre vorschlägt. "Diesbezüglich sind wir mit der Kommission einer Meinung", so Jean Lambert, britische Europa-Abgeordnete der Grünen. Lambert ist Berichterstatterin des jüngsten Parlamentsberichts zu Asylverfahren, der am Dienstag im Straßburger Plenum diskutiert wurde.

Mit dem Bericht wolle das Parlament der Kommission "den Rücken für die kommenden Debatten mit dem Mitgliedstaaten stärken", so Lambert wohlwissend, dass hier die schwierigsten Hürden auf dem Weg zur Harmonisierung liegen. Das zeigte sich vor allem im Streit um die Direktive für ein gemeinsames Asylverfahren. "Am ursprünglichen Text der Direktive wurde so vieles verändert, dass das Parlament erneut gehört werden muss", stellt Lambert fest. Wann dies passieren wird, weiß man in Straßburg jedoch nicht. In seinem Bericht fordert das Parlament den Rat nun nachdrücklich auf, ihm diesen Zeitpunkt mitzuteilen.

Einig sind sich die Abgeordneten quer durch die politischen Fraktionen darüber, dass es in Sachen Asylpolitik kein Outsourcing geben darf. Die Einrichtung von Auffanglagern für Flüchtlinge außerhalb der EU, wie sie Italien und Deutschland vorgeschlagen haben, wird von allen abgelehnt. Doch in anderen Punkten tut sich auch das Parlament schwer, klare Positionen zu beziehen. Der Bericht sagt beispielsweise nichts über die viel kritisierte Liste der sicheren Herkunftsländer. "Diese Liste ist im Parlament ebenso umstritten wie im Rat", so Lambert. In der Vergangenheit haben sich in solchen Punkten die Grünen oft mit der Fraktion der Vereinigten Linken alleine wiedergefunden. "Im neuen Parlament könnten sich diese Verhältnisse ändern", so Lambert rückblickend auf die bisherigen Debatten in Straßburg. Teile der Fraktion der Europäischen Sozialisten hätten sich den Positionen der Grünen angenähert, so Lambert.

"Im Moment ist es noch zu früh, zu sagen, in welche Richtung dieses neue Parlament gehen wird", sagt auch Richard Williams vom ECRE. "In der Vergangenheit hat sich jedenfalls gezeigt, dass sich das Parlament mehr als die Minister um internationales Recht und Standards sorgt." Was die neue Direktive für Asylverfahren betrifft, so erwartet sich der ECRE, dass das Parlament die "Verstöße gegen Menschenrechte benennt" und gegebenenfalls vor dem Europäischen Gerichtshof klagt". Ab 1. Januar 2005 bekommt Straßburg hier in der Tat ein neues Gewicht: Mit Inkraft-Treten der neuen EU-Verfassung hat das Europaparlament dann in Sachen Asylpolitik formell das Recht, mit zu entscheiden. Bislang war ihm lediglich eine beratende Funktion eingeräumt worden.

In den Brüsseler Büros, so Williams, sei inzwischen in Bezug auf Asylrecht eine gewisse "legislative Müdigkeit" zu spüren - nach den harten Diskussionen um jedes Detail in den Direktiven hoffe man auf eine Pause in diesem Dossier. "Das Thema wird uns in den nächsten sechs Monaten während der Luxemburger Präsidentschaft beschäftigen", kündigt Williams an. In weiser Voraussicht wird der EU-Vertreter der europäischen Flüchtlingshilfsorganisationen diesen Montag bei Luxemburgs delegiertem Minister für Immigration, Nicolas Schmit, versprechen.

Daniële Weber

Critique de la stratégie européenne anti-drogue

Le Parlement européen vient d'adresser, après un vote serré, une Recommandation au Conseil sur la stratégie européenne de Lutte anti-drogue qui sera mise en oeuvre pour la période 2005-2012 (voir woxx n° 771). Le texte de la Recommandation est plutôt progressiste, ce qui n'étonne pas puisque le rapporteur Giusto Catania appartient au groupe de la Gauche unifiée européenne. Dans sa recommandation, le Parlement note que la stratégie 2000-2004 n'a pas eu les résultats escomptés et que la production, la vente et la consommation de drogues illégales se sont accrues. Les parlementaires recommandent au Conseil de procéder à une évaluation détaillée de l'ancienne stratégie avant d'adopter la nouvelle. Ils demandent également une réorientation de la stratégie avec des mesures "totalement différentes" en donnant la priorité à la protection de la vie et de la santé des usagers de drogues illicites. A côté d'une offre plus poussée en programmes de réduction des risques pour les toxicomanes, le parlement insiste aussi sur l'intégration des ONGs du terrain, de la société civile et de des consommateurs et consommatrices dans le processus de discussion. L'écoute de ces groupes semble être un procédé peu établi jusqu'ici, mais les ONGs notent une plus grande ouverture, venant surtout des nouveaux pays membres. A voir si le Conseil européen qui doit adopter la nouvelle stratégie aujourd'hui va encore se laisser influencer par la position du Parlement européen.

Beschleunigte Abschiebung

Das bestehende Asylgesetz reicht nicht aus. Mit dieser Begründung stellte Außen- und Migrationsminister Jean Asselborn am Donnerstag den Entwurf zum neuen Asylgesetz vor, der in der kommenden Woche auf den Instanzenweg geschickt wird. Kern des Gesetzesprojekts sei eine Beschleunigung des Asylverfahrens, erklärte der für Europafragen zuständige Minister Nicolas Schmit. Das bedeute, dass unter anderem das Personal aufgestockt werden müsse. Nicht zuletzt heißt dies aber auch, dass mit abgelehnten AsylbewerberInnen künftig kurzen Prozess gemacht wird und sie schneller abgeschoben werden können. Wer von den Flüchtlingen bereits vor dem 1. August 2001 in Luxemburg war, darf bleiben. Ein weiterer positiver Aspekt des Entwurfs ist immerhin, dass AsylbewerberInnen nach einem Jahr eine Arbeitserlaubnis erhalten. "Wir wollen die Menschen nicht ghettoisieren", erklärte Schmit. "Und auch nicht in die Schwarzarbeit treiben."

Nächste Woche:

Damals in den Ardennen

Die Ardennen-Schlacht war die letzte große Offensive der deutschen Wehrmacht. Auch Luxemburger leisteten Widerstand. Die woxx sprach mit Zeitzeugen.

Selbstanzeige

Lidl, Aldi, Schlecker - die Discounter haben einen schlechten Ruf, denn ihre MitarbeiterInnen schufteten unter miserablen Bedingungen. Mit einer einschlägigen Tüte herumzulaufen schickt sich nicht. Und bei den Ausbeutern einzukaufen, ist politisch alles andere als korrekt. Nun hat sich ein woxxi vergangene Woche geoutet, als er nacht getaner Arbeit in einen dieser Sündentempel eilte, um dort Windeln für sein Kind zu kaufen. Nach und nach bröckelte auch der Rest der Schweigemauer: Weitere woxxies gaben zu, dass sie ab und an zu den Billigmärkten gehenn. Das woxx-Tribunal hat den SünderInnen die gelbe Karte gezeigt. Besagter Windelkäufer ist fortan zum Stoffwindelwaschen verdammt .